

Aktuelle soziale Entwicklungen als Herausforderung für eine christliche Ethik

Einleitung

Nach den Texten des Zweiten Vaticanums ist die Kirche »universales Sakrament des Heils für die Welt«¹, sie hat ihr Ziel nicht in sich selbst, sondern ist auf die Welt bezogen. Ihre Aufgabe ist es, Zeugnis zu geben vom Heilswillen Gottes, seiner universalen Liebe, die allen Menschen gilt. Liebe aber ist konkret. Sie umfaßt den ganzen Menschen in seiner leib-seelischen Wirklichkeit. Zum Heil, an dem mitzuwirken der Kirche aufgetragen ist, gehört daher immer auch die Mitarbeit an der Verwirklichung eines im umfassenden Sinne guten menschlichen Lebens für alle. Ihre Sendung und damit die Sendung der Christen vollzieht sich damit in einer und durch eine konkrete Welt- und Gesellschaftssituation, für die Salz und Sauerteig zu sein ihnen aufgetragen ist.

Kommt dieser Aspekt der Caritas in einem umfassenden Sinn, die sowohl die Hilfe für den einzelnen als auch die Gestaltung gesellschaftlicher Ordnungen umfaßt, in unserem christlichen Alltag trotz aller Bemühungen nicht noch immer zu kurz? Treiben uns die großen Gerechtigkeitsfragen unserer Zeit um, an denen sich die Qualität menschlichen Lebens jetzt und in der Zukunft entscheiden wird? Fordern sie uns als Christinnen und Christen wirklich heraus und motivieren sie uns, innovativ nach neuen Wegen zu suchen, um mehr Gerechtigkeit und Liebe in der gegenwärtigen Weltlage Gestalt werden zu lassen und so der Menschenfreundlichkeit Gottes Ausdruck zu verleihen? Jede soziale Aktion bedarf zuerst der Situationsanalyse, um dann die Ziele und konkreten Maßnahmen zu ihrer Verwirklichung ins Auge zu fassen. Ich werde daher zuerst einige Schlaglichter auf wichtige soziale Entwicklungen werfen. Diese sollen Impulse zum

Weiterdenken geben. Im Anschluß daran sollen einige Überlegungen stehen, welchen Beitrag die christliche Gemeinschaft zur Bewältigung der großen Fragen unserer Zeit leisten kann, um so ihrem Auftrag zur Weltgestaltung im Sinne der Gerechtigkeit und Liebe gerecht zu werden.

1. Aktuelle soziale Entwicklungen

1.1. Globalisierung:

die *eine* Welt als Aktualität und Anspruch

Für die Pastoralkonstitution des 2. Vatikanischen Konzils *Gaudium et spes* stellt das Zusammenwachsen der Welt zu einer erfahrbaren Einheit als globaler Vergesellschaftungsprozeß ein – grundsätzlich positiv zu wertendes – »Zeichen der Zeit« dar.² Die mit der »Zunahme der gegenseitigen Verflechtung unter den Menschen, zu deren Entwicklung der heutige technische Fortschritt ungemein viel beiträgt«, gegebene Chance kann allerdings nur unter der Voraussetzung positiv wirksam werden, daß die technischen Kommunikationsmöglichkeiten auch zu einem Bewußtseinswandel führen: Der zunehmenden faktischen Interdependenz muß eine Zunahme an echter menschlicher Kommunikation und Bereitschaft zur Zusammenarbeit im Dienste der Gerechtigkeit entsprechen.

Das heutige Wort für diesen weltweiten Vernetzungsprozeß, der sich seit den 60er Jahren noch beschleunigt hat, ist »Globalisierung«.³ Doch trägt dieser Begriff noch etwas von den ursprünglichen Erwartungen und Hoffnungen in sich? Erfast uns nicht eher ein Gruseln angesichts von Entwicklungen, die sich immer mehr unserer Kontrolle entziehen? Die Grundlage des gegenwärtigen Vernetzungsschubs, eben der Globalisierung, bilden jene neuen Technologien, die in den vergangenen Jahrzehnten die Welt zu einem großen Kommunikationsraum werden ließen, in dem Distanzen eine immer geringere Rolle spielen. Die weltweite Vernetzung kann dabei für unterschiedliche Ziele genutzt werden, für einen globalen Austausch von Preis- und Wareninformationen im wirtschaftlichen Bereich ebenso wie für eine Kommunikation über Ideen, die das Leben der Menschen verändern können, um nur zwei Möglichkeiten zu nennen. Ihre vor-

rangigen Nutznießer waren bisher die internationalen Wirtschaftsunternehmen, die Chancen eines transparenten Weltmarktes am effizientesten zu nützen in der Lage sind. Die Globalisierung hatte dabei besonders starke Auswirkungen auf die Finanzmärkte, aber – wenngleich in etwas geringerem Maße – auch auf die Güter- und Arbeitsmärkte. Dies vor allem deshalb, weil aufgrund der niedrigen Energiepreise und damit Transportkosten (der Rohölpreis befindet sich heute, allen ökologischen Notwendigkeiten spottend, auf dem Stand der 70er Jahre) die Güterproduktion jeweils dort stattfinden kann, wo die Material- und Arbeitskosten am günstigsten sind.

Dieser Prozeß einer wirtschaftlichen Globalisierung aufgrund des technologischen Fortschritts, der hier nur schlaglichtartig skizziert werden konnte, wird von der vorherrschenden neoliberalen Wirtschaftsideologie unterstützt, die eine fortschreitende Liberalisierung und Deregulierung der Märkte fordert. Ihre Vision der Welt als eines großen Marktes ist an sich – von ihren Ursprüngen her – von einer humanen Hoffnung beseelt: jener, daß der globale Wettbewerb langfristig zu einem Mehr an Wohlstand für alle führen wird. Doch die Hoffnung auf mehr Gerechtigkeit durch einen universalen Markt, die sich wie alle Ideologien durch die Realität kaum korrigieren läßt, hat sich längst als falsch erwiesen. Der wesentliche Grund dafür ist, daß der Wirtschaftsliberalismus von einer formalen Gleichheit aller Marktteilnehmer ausgeht, die die unterschiedliche materielle und immaterielle Ausstattung der Individuen ebensowenig berücksichtigt wie historisch gewachsene Unterschiede zwischen Gesellschaften und Kulturen sowie das Machtungleichgewicht zwischen Staaten und anderen internationalen Akteuren, vor allem den multinationalen Unternehmen. Darüber hinaus trägt das Credo des Wettbewerbs sozialdarwinistische Züge: Effizienz und Gewinn werden zu obersten Zielen, und das Überleben des Stärkeren trägt seine eigene Rechtfertigung in sich.⁴ Der resultierende Kampf aller gegen alle kennt – wie die großen Fusionswellen zwischen Unternehmen zeigen – immer weniger Gewinner. So überrascht es nicht, daß sich die Kluft zwischen Schwächeren und Stärkeren in allen Bereichen, sei es zwischen Unternehmen, Län-

dern, aber auch zwischen den Menschen innerhalb dieser Länder, kontinuierlich ausweitet. Diese Situation widerspricht nicht nur den elementaren Forderungen der Gerechtigkeit, sie ist auch politisch langfristig explosiv. Im Europa des 19. Jahrhunderts führte ein ungezügelter Wirtschaftsliberalismus zum Entstehen revolutionärer, kommunistischer und nationalistischer, Ideologien⁵, die mehr Gerechtigkeit versprachen und unser Jahrhundert mit ihrer Blutspur durchzogen. Man muß kein Prophet sein, um zu sehen, daß sich ähnliches international anbahnt, wenn es nicht gelingt, tiefgreifende Strukturreformen einzuleiten.

Bereits heute können im wesentlichen nurmehr die Länder der Triade der großen Wirtschaftsmächte, die USA, Japan sowie einige Länder Ost- und Südostasiens⁶ und die Europäische Union in diesem gnadenlosen Wirtschaftskrieg mithalten. Der Anteil der übrigen Länder, vor allem der ärmeren Entwicklungsländer Afrikas und Asiens, am internationalen Wirtschaftsgeschehen ist im vergangenen Jahrzehnt drastisch gesunken. Sie wurden von der wirtschaftlichen Entwicklung faktisch abgekoppelt, d.h. marginalisiert.⁷ Dies bedeutet aber, daß eine wirtschaftliche Globalisierung allein sich ad absurdum führt, da sie notwendig zu einem Hegemonialsystem der Wirtschaftsgiganten degeneriert. Sie hat selbsterstörerische Konsequenzen für alle – auch für die gegenwärtigen Gewinner, die sich vor den gewaltsamen Gerechtigkeitsforderungen der Ausgeschlossenen langfristig nicht werden abschotten können. Dies schon deshalb nicht, weil die Medien, die gleichfalls global agieren, das Bewußtsein über die Unterschiede in den Lebenschancen weltweit verbreiten. Ohne Gegensteuerung wird die neoliberale Wirtschaftsdeologie – wie jede Ideologie – »ihre Kinder fressen«⁸, ihr Konzept einer vorrangig wirtschaftlichen Globalisierung führt zur sozialen Fragmentierung und nicht zur Integration. Die Realität präsentiert sich als eine Karikatur des ursprünglich Gemeinten, nämlich einer zunehmenden Einheit der Welt in Solidarität und Gerechtigkeit. Wo liegen angesichts der Dramatik dieser Situation positive Ansatzmöglichkeiten?

Die Herstellung eines sozialen Ausgleichs im Dienste des Gemeinwohls und der Gerechtigkeit ist ursprünglichste

Aufgabe der Politik. In einer zunehmend globalisierten Welt aber wird die nationale Politik zunehmend entmachtet, ihre Maßnahmen können nicht mehr greifen, da die Probleme regionalen und/oder internationalen Charakter angenommen haben und daher auch auf dieser Ebene gelöst werden müssen. Es bedarf daher neuer Strukturen, um eine politische Steuerung auf regionaler und Weltebene zu ermöglichen, die das bestehende Vakuum ausgleicht und eine durch wirtschaftliche Sonderinteressen bestimmte Globalisierung durch eine globale politische Ordnung zähmt. Der bereits erwähnte Bericht der Gruppe von Lissabon schlägt in diesem Zusammenhang vier weltweite Sozialverträge vor, um den Mangel an politischen Steuerungsmöglichkeiten auf globaler Ebene wenigstens ansatzweise zu beheben: einen Grundbedürfnisvertrag, durch den die absolute Armut weltweit beseitigt werden könnte, einen Kulturvertrag, durch den Toleranz und interkulturelle Kontakte gefördert werden sollen, einen Demokratievertrag, der unter anderem eine Vernetzung der demokratischen Kräfte auf Weltebene und eine internationale Bürgerversammlung vorsieht, und einen Erdvertrag, durch den eine nachhaltige Entwicklung weltweit gefördert werden soll.⁹ Eine derartige globale Politik erscheint heute noch angesichts der divergierenden Interessen und der großen kulturellen Unterschiede als Utopie. Doch ihre Realisierung ist eine Überlebensfrage. Denn die Alternativen dazu sind eine globale Anarchie, bzw. eine Hegemonie der Stärksten, die zu noch größerer Ungerechtigkeit in der weltweiten Güterverteilung führen würde.¹⁰

Die politischen Instanzen in demokratischen Staaten sind darauf angewiesen, daß die Bürger und Bürgerinnen sich einzeln und gemeinsam für diese Ziele einsetzen, daß neue Initiativen von unten entstehen, die im Sinne eines Weltgemeinwohls handeln. Da die Vision eines Zusammenwachsens der Welt in Gerechtigkeit das soziale Denken der Kirche prägt, wäre es die Aufgabe der Christen und Christinnen, nach positiven Ansätzen, die in diese Richtung weisen, Ausschau zu halten und sie aktiv zu unterstützen. Derartige Hoffnungszeichen sind gegenwärtig jene Nichtregierungs-Organisationen (NGOs), die – global vernetzt – sich für humanitäre Anliegen wie Menschenrechte, Erhal-

tung der natürlichen Umwelt, soziale Standards usw. einsetzen und damit im Ansatz zugleich eine kritische internationale Öffentlichkeit schaffen. Diese globale Zivilgesellschaft, die ihrerseits ebenfalls durch die technischen Kommunikationsmittel ermöglicht wird, stellt ein – wenn auch noch schwaches – Gegengewicht gegen eine einseitige wirtschaftliche Globalisierung dar. Sie fördert zudem die weltweite Demokratisierung, die gleichfalls Chancen für eine globale politische Steuerung bietet. Ein weiteres Hoffnungszeichen ist die Zusammenarbeit zwischen Menschen verschiedener Religionen und Konfessionen, die ihre Mission von jeher global verstanden haben, im Dienste einer gerechteren Welt. In allen diesen Bereichen besteht heute die dringende Notwendigkeit, daß auch Christinnen und Christen sich für eine humane Zukunft der Menschheit einsetzen. Angesichts der technischen und wirtschaftlichen Globalisierung bedarf es um so mehr einer Verwirklichung jenes Bewußtseinswandels, durch den diese partielle Globalisierung zu einer größeren Verbundenheit der Menschen untereinander führt. Dies ist die zeitgemäße Umsetzung der zentralen Formel katholischer Sozialethik, daß der »Mensch Träger, Schöpfer und Ziel aller gesellschaftlichen Einrichtungen« (Mater et magistra 219) sein soll.

Gerade da angesichts der Komplexität und Uferlosigkeit der Probleme, die noch weiter zunehmen wird, heute die Gefahr der Resignation, die den Dingen einfach ihren Lauf läßt, besteht, bedarf es der christlichen Hoffnung, die aus dem Wissen heraus handelt, daß der Einsatz für mehr Humanität und Gerechtigkeit nie umsonst ist.

1.2. Die Europäische Union:

Integration als Chance für den Frieden

Doch nicht nur auf globaler Ebene bedürfen die Integrationsprozesse der politischen Steuerung im Dienste des Gemeinwohls und damit der Gerechtigkeit. Ähnliches gilt auch für die regionalen Zusammenschlüsse wie vor allem die Europäische Union. Der europäische Einigungsprozeß war, dies darf nicht vergessen werden, die Folge der schrecklichen Erfahrungen zweier Weltkriege. Durch eine koordinierte Zusammenarbeit auf allen Ebenen sollte für die Zukunft

kriegerischen Konflikten vorgebeugt und der Friede in Europa gesichert werden. Die wirtschaftliche Integration bot sich dazu als erstes Mittel und Grundlage für die Integration im politischen Bereich an. Doch diese ist um vieles langsamer, als ursprünglich gedacht, vorangekommen. Dies gilt für den Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik ebenso wie die Schaffung einer gemeinschaftlichen Innen- und Rechtspolitik. Eine verstärkte Integration in diese Bereiche ist heute dringend notwendig, um der Gründungsintention der Union gerecht zu werden.¹¹ Die Erhaltung des politischen Friedens fordert darüber hinaus eine möglichst rasche Aufnahme der mittel- und osteuropäischen Länder. Nur so wird es möglich sein, das Wohlstandsniveau in den verschiedenen Teilen Europas langfristig anzugleichen und das regionale Konfliktpotential zu verringern, das die Nationalitätenprobleme in diesen Ländern darstellen.¹² Der soziale Friede verlangt darüber hinaus eine gemeinsame Sozialpolitik, die vor allem der Massenarbeitslosigkeit und der Verarmung von Randgruppen entgegenwirkt. Nur durch einen sozialen Ausgleich auf der Basis der Solidarität kann die Verunsicherung weiter Bevölkerungsschichten verhindert werden, die eine Bedrohung für den politischen Frieden in Europa darstellt. Es bedarf daher der Stärkung der politischen Ebene in der Europäischen Union, d.h. politischen Überlegungen muß gegenüber rein wirtschaftlichen der Vorrang eingeräumt werden. Politische Maßnahmen dürfen nicht zuerst nach ihrem kurzfristigen wirtschaftlichen Nutzen, d.h. danach, wieviel sie für jeden einzelnen bringen, beurteilt werden, sondern müssen auf das Gemeinwohl aller und damit auf Gerechtigkeitsziele hingeeordnet werden. Geschieht dies nicht, so wird nicht nur der Wert der Solidarität verletzt, sondern auch der Friede innerhalb der Gesellschaften und innerhalb Europas gefährdet. Es geht also darum, die zentralen moralischen, aber auch politischen Werte der Gesellschaften Europas als Grundlage einer gerechten Gesellschaftsordnung neu zur Geltung zu bringen,¹³ einen Ausgleich von instrumentellen Werten, zu denen auch der wirtschaftliche Wohlstand zählt, und humanen Werten herbeizuführen. Einzig letztere können längerfristig eine solide Grundlage für Europa darstellen und der ursprünglichen

Gründungsvision gerecht werden. Gerade hier sind die Christen gefordert, sich im Integrationsprozeß aktiv zu engagieren. Der Grundsatz einer vorrangigen »Option für die Armen« als wesentlicher Aspekt der Achtung vor dem menschlichen Leben müßte sowohl hinsichtlich der Unterstützung schwächerer Länder als auch der Sozialpolitik und einer großzügigen Entwicklungspolitik für die ärmeren Länder außerhalb Europas wirksam werden.¹⁴

1.3. Sozialstaat: Solidarität ist unteilbar

Nicht nur international, auch national gibt es starke Entsolidarisierungstendenzen. In einer Gesellschaft, die Zugehörigkeit weitgehend über den Konsum definiert, werden die, die materiell nicht mithalten können, an den Rand gedrängt. Dies gilt vor allem für diejenigen, die nicht österreichische Staatsbürger sind: für die Ausländer, deren Zahl aufgrund von Bürgerkriegen, aber auch der international so ungleichen Verteilung von Lebenschancen weiter zunehmen wird. Eine gerechtere Gestaltung des Asylrechts und eine menschenwürdige Integrationspolitik werden daher immer mehr zum Testfall für die Humanität unserer Gesellschaft. So ist mit der Arbeitsgruppe 12 der Delegiertentagung des Dialogs für Österreich ein »Abbau der inhumanen Beschränkungen im Asylverfahren und die Sicherung der Grundversorgung von schutzsuchenden Menschen« zu fordern.

2. *Wie läßt sich den aktuellen Herausforderungen begegnen?*

2.1. Caritas als christlicher Auftrag

Es wurde oft gesagt und muß doch immer wieder in Erinnerung gerufen werden: Der christliche Glaube an einen menschenfreundlichen Gott läßt sich nicht vom Einsatz für den Nächsten in Gerechtigkeit und Liebe trennen. Dieses Thema durchzieht die Bibel wie ein roter Faden: Der Gott des Alten und Neuen Testaments ist ein Gott, der befreit, »befreien aber heißt, Leben ermöglichen« (G. Gutierrez). Dies gilt für alle, besonders aber für jene, deren Leben und Zukunft aktuell gefährdet sind, die Schwächeren, Leidenden, selbst Hilflosen. Die Solidarität mit den Armen bildet demnach

einen »Grundzug biblischer Ethik, der tief in der Gottesvorstellung verankert ist« (F. Crüsemann). Das Neue Testament geht so weit zu sagen, daß uns im Armen Jesus selbst begegnet (vgl. vor allem Mt 25, 31–46). Der Nächste, dem wir verpflichtet sind, ist nicht zuerst der uns familiär und ethnisch verbundene Mitmensch, sondern jener, der aus welchen Gründen immer unter die Räuber gefallen ist (Lk 10, 25–37). Die christliche Entscheidung für Gott und sein Reich, das Jesus uns ansagt, ist immer eine Option für den Menschen, vorrangig für den Armen. Dies muß uns wach und gezielt die Frage stellen lassen, wie die Menschenliebe Gottes heute bezeugt werden kann, wie der Einsatz für den Nächsten heute aussehen soll. Es müßte uns zu Kreativität und Innovationsfreudigkeit, zu einem strategischen und planenden Einsatz unseres Wissens und unserer jeweiligen Möglichkeiten anstacheln. Die frühen christlichen Gemeinden wurden nicht zuletzt wegen ihrer Menschlichkeit für ihre heidnische Umwelt glaubwürdig und attraktiv. Die Herausforderung durch die soziale Situation unserer Zeit betrifft daher nicht nur einen Teil unseres Christseins, sie betrifft unser Christsein insgesamt, wenn dieses nicht blutleer verkommen soll. Dazu bedarf es aber einer weiten Sicht dessen, was dem Menschen dient.

2.2. Bewußtseinswandel als Grundlage gesellschaftlichen Wandels

Gesellschaftliche Verhaltensweisen basieren auf Einstellungen und Werten, die die Grundlage für unser Handeln darstellen. Humanität in der Gesellschaft setzt humane Grundeinstellungen voraus. Dies gilt gerade auch für eine demokratische Gesellschaft. Die Handlungsspielräume der Politik sind abhängig von den Einstellungen und Verhaltensweisen ihrer Bürgerinnen und Bürger. Die Entstehung, Erhaltung und Anpassung von Einstellungen an die jeweiligen sozialen Gegebenheiten stellt einen dynamischen Prozeß dar. So heißt es im World Governance Report: »Die wichtigste Änderung, die Menschen machen können und müssen, ist die Art, wie sie die Welt sehen. Wir können unsere Arbeit, unsere Nachbarschaft, sogar die Länder und Kontinente wechseln, und doch immer die gleichen bleiben.

Aber wenn wir unsere Sichtweise ändern, dann ändert sich alles – unsere Vorlieben, unsere Werte, unsere Urteile, unsere Unternehmungen. In der Geschichte der Religion war es immer wieder dieses Aufbrechen neuer Vorstellungen, das den Beginn neuen Lebens brachte ... eine Wandlung, durch die Menschen lernten, mit neuen Augen zu sehen und ihre Energien neuen Lebensformen zuzuwenden.«¹⁵ Gesellschaftliche Wandlungsprozesse basieren auf Änderungen in den Werten, Urteilen und Wahrnehmungen. Sie erhalten ihre Impulse im wesentlichen von den Religionen. Wandlungsprozesse hin auf mehr Menschlichkeit und Solidarität in unserer Gesellschaft zu initiieren ist eine wesentliche Aufgabe von Christinnen und Christen. Dies verlangt eine »Neusozialisation« gemäß den Werten des Evangeliums. Denn unsere Haltungen sind gerade im sozialen Bereich durch das soziale Umfeld unserer Sozialisation geprägt: durch die Klasse, in die wir hineingeboren wurden, durch kirchliche Prägungen, die nicht immer dem Evangelium entsprechen, sondern ideologisch verfestigt sind, durch eine »unbezogene Freiheitskultur« (P. Zulehner), durch eine Konsumkultur, die materiellen Werten Priorität einräumt und für die Glück vor allem im Haben besteht. Alle diese Prägungen verhindern ein innovatives Engagement im Dienste von Menschen. Der erste und wichtigste Schritt hin zu einer humanen Gesellschaft ist der Bewußtseinswandel, biblisch gesprochen die Umkehr. Nur so können die Kirchen jene Samenfunktion, die ihnen nach dem Evangelium aufgetragen ist, wahrnehmen und der Erosion humaner Werte in unserer Gesellschaft gegensteuern.

Die christlichen Ordens- und Lebensgemeinschaften waren in der Geschichte der Kirche immer Zeichen dafür, daß gesellschaftliches Leben der Neuordnung von innen her bedarf. Sie stellten der jeweiligen Zeit neue Lebensformen vor und lebten christliche Weltgestaltung vor. Vor allem in einer Zeit sozialen Umbruchs bedarf es der inspirierenden Modelle, die die Richtung anzeigen. Beispiele aus neuerer Zeit sind die Gemeinschaften von Charles de Foucauld, die Kontemplation mit einem Arbeitsleben unter den Ärmsten verbinden; die Gemeinschaften von J. Vanier, in denen Behinderte und Nicht-Behinderte gemeinsam leben und so Zeug-

nis für die Menschenwürde aller geben; die Emmausgemeinschaften von Abbé Pierre, in denen Menschen, die gesellschaftlich an den Rand geraten sind, sich gegenseitig unterstützen. Diese und viele ähnliche Zusammenschlüsse von Christen erfüllen auch eine wesentliche soziale und politische Funktion im weiteren Sinne. Sie zeigen gesellschaftliche Wertdefizite auf und bieten Konkretisierungen an, wie Menschenwürde bewahrt und Solidarität in besonders schwierigen Bereichen gelebt werden kann. Sie experimentieren mit einem Lebensstil, der die Dominanz materieller Werte ablehnt, die unser gesellschaftliches Leben in vielfacher Weise vergiftet. Zugleich tragen sie der Tatsache Rechnung, daß unser Konsumstil der Begrenztheit der natürlichen Ressourcen dieser Erde nicht entspricht und daher ungerecht ist gegenüber den Menschen der Entwicklungsländer und den kommenden Generationen auch hierzulande. Sie übernehmen so die Rolle einer Avantgarde oder, biblisch gesprochen: sie sind jener Sauerteig und jenes Salz, ohne die das gesellschaftliche Leben in Egoismus und inhumaner Kälte verkommt. Ähnliches geschieht auch in christlichen Pfarreien durch Christen, die ihre Sendung ernst nehmen.

Bewußtseinsbildung oder Gesinnungsreform vollzieht sich aber heute nicht nur, ja leider nicht einmal vorrangig in religiösen Gemeinschaften. Sie findet in den vielen Basisorganisationen statt, die sich auf nationaler und internationaler Ebene für humane Anliegen wie Menschenrechte, die Umwelt oder soziale Randgruppen und Frauen einsetzen. Diese sogenannten Nicht-Regierungsorganisationen als Grundlage der Zivilgesellschaft sind gleichfalls Träger eines Einstellungswandels hin zu mehr Gerechtigkeit und Humanität. Sie beeinflussen gesellschaftliche Wertungen und vertreten die Betroffenen gegenüber politischen Machträgern und Institutionen. Die Mitarbeit in und die Mitgestaltung dieser Basisorganisationen müßte daher Christinnen und Christen ein wichtiges Anliegen sein.

2.3. Christliches Engagement auf der Institutionenebene

In komplexen modernen Gesellschaften wird Gerechtigkeit wesentlich durch institutionelle Regelungen hergestellt. Politik steht unter dem grundsätzlichen Anspruch, daß die

Rechtsordnung, Institutionen und sozialen Rahmenbedingungen so gestaltet werden, daß Menschen in ihnen menschenwürdig leben können. Gaudium et spes sieht in diesen Entwicklungen, die inzwischen weltweit geworden sind, ein Zeichen der Zeit: »Aus dem lebendigeren Bewußtsein der menschlichen Würde wächst in den verschiedenen Teilen der Welt das Bestreben, eine neue politisch-rechtliche Ordnung zu schaffen, in der die Rechte der menschlichen Person im öffentlichen Leben besser geschützt sind« ... (GS 73). Wenn Institutionen menschliches Leben behindern, statt es zu schützen, wenn sie der Ungerechtigkeit Vorschub leisten, statt Gerechtigkeit zu schaffen, entarten sie zu »Strukturen der Sünde«. Die Gestaltung der Strukturen auf der nationalen und internationalen Ebene entscheidet damit wesentlich über die Verwirklichung von Gerechtigkeit. In der Mitwirkung an der Gestaltung der Institutionen im Dienste der Gerechtigkeit liegt – neben der Verwirklichung neuer Lebensformen, die der sozialen Realität und der Begrenztheit unserer Welt besser angepaßt sind – ein wesentlicher Ansatzpunkt für christliches Engagement heute. Politisches Engagement jedoch stößt noch immer auf starke Berührungssängste, die abzubauen es an der Zeit wäre. Ein Beispiel: Vor einiger Zeit war ich zu einer Podiumsdiskussion mit dem Titel »Glaube und Politik – ein Gegensatz?« eingeladen. Spiegelt sich hier nicht das diffuse Gefühl wider, daß Glaube nichts mit Politik zu tun hat bzw. haben soll? Denn, so die inhärente Logik: Politik hat es mit Macht- und Interessenkonflikten zu tun, und wer seinen Glauben ernst nimmt, soll sich damit nicht die Hände schmutzig machen. Die Angst der Christen vor der Politik mag auch aufgrund eines historischen Erbes, in dem Kirche und Staat zu eng verbunden waren, verständlich sein. Aber jene Zeiten sind zum Glück vorbei.

Anmerkungen

- ¹ Vgl. *Lumen gentium* 1, 9, 48, 59; sowie *Sacrosanctum concilium* 5, 26; *Gaudium et spes* 42, 45; *Ad gentes* 1, 5.
- ² *Gaudium et spes* verwendet dafür den Terminus Sozialisation (vgl. bereits *Mater et magistra* M 59, 61 und dann *Gaudium et spes* 6, 23, 42, 54). Der Begriff stammt aus dem Denksystem Teilhard de Chardins, das die Sichtweise des 2. Vatikanischen Konzils in vielerlei Weise beeinflusste. Ihm zufolge soll die biologische Evolution ihre Fortsetzung in einer Sozialisation finden, d.h. einer bewußten Gestaltung der weltweit zunehmenden Interdependenzen im Sinne der Solidarität.
- ³ Der Begriff wurde wegen seiner Unschärfe des öfteren kritisiert. Er ist dennoch hilfreich, um anzuzeigen, daß wir es gegenwärtig mit einem neuen Schub in dem sich seit Jahrhunderten beschleunigenden Prozeß weltweiter Kommunikation zu tun haben. Der Bericht der Gruppe von Lissabon unterscheidet zwischen »Internationalisierung«, die von den Nationen als Akteuren ausgeht, »Multinationalisierung« als Verlagerung von Ressourcen weltweit und »Globalisierung« als umfassender Vernetzung von immer mehr Lebensbereichen, vgl. Die Gruppe von Lissabon (Hg.), *Grenzen des Wettbewerbs. Die Globalisierung der Wirtschaft und die Zukunft der Menschheit*, München 1997, 44ff; aus der anschwellenden Literatur zum Thema Globalisierung seien folgende Publikationen hervorgehoben: aus allgemeiner Sicht U. Menzel, *Globalisierung versus Fragmentierung*, Frankfurt 1998; weiters E. Altvater/B. Mahnkopf, *Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft*, Münster 1996; U. Beck (Hg.), *Politik der Globalisierung*, Frankfurt 1998.
- ⁴ Vgl. Bericht der Gruppe von Lissabon, »Wettbewerbsfähigkeit ist nicht länger Mittel zum Zweck, sondern ist zu einem universellen Credo, einer Ideologie geworden«, 16.
- ⁵ Vgl. *Centesimus annus* 4f.
- ⁶ Vgl. dazu den Überblick in U. Menzel, *Globalisierung*, 127ff.
- ⁷ So sank z.B. der Anteil der weltweiten Kapitalströme, die in die Entwicklungsländer flossen bzw. von ihnen geriert wurden, zwischen 1980 und 1989 dramatisch von 55% bzw. 14,5% auf jeweils 2%. Vgl. Bericht der Gruppe von Lissabon, 54ff.
- ⁸ So der Titel des bekannten Buches von W. Leonhard, *Die Revolution frißt ihre Kinder*, 70er Jahre.
- ⁹ Bericht der Gruppe von Lissabon, 169–191. Ansätze für derartige Verträge gab es auf den Weltkonferenzen der vergangenen Jahre, vor allem auf dem Umweltgipfel von Rio de Janeiro 1992 und dem Sozialgipfel von Kopenhagen 1995.
- ¹⁰ In *Centesimus annus* heißt es: »Der Staat aber hat die Aufgabe, den rechtlichen Rahmen zu erstellen, innerhalb dessen sich das Wirtschaftsleben entfalten kann. Damit schafft er die Grundvoraussetzung für eine freie Wirtschaft, in der eine gewisse Gleichheit unter den Beteiligten besteht, so daß der eine nicht so übermäßig wird, daß er den anderen praktisch zur Sklaverei verurteilt« (CA 15). Ähnliches gilt heute für internationale politische Strukturen.

- ¹¹ So auch die Empfehlung des Wortes des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland: Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit, hrsg. v. Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland und vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn 1997, 92.
- ¹² Vgl. dazu den Überblick in I. Gabriel, Gewalt in Europa. Ursachen – Hintergründe – Auswege, Regensburg 1995, 29–32; 96–101.
- ¹³ Vgl. dazu den Abschlußbericht der Konsultation der Kirchen und ihrer Verbände zu Fragen der Armut und der sozialen Ausgrenzung, Sonderpublikation der Kathpress, Nr. 2/97.
- ¹⁴ Vgl. zu einzelnen Aspekten die Beiträge in dem Sammelband von J. Sweeney/J. van Gerwen (Hg.), *More Europe? A Critical Christian Inquiry into the Process of European Integration*, Kampen 1997.
- ¹⁵ *The Report of the Commission on Global Governance, Our Global Neighbourhood*, Oxford 1995, 47 (dt. *Nachbarn in einer Welt. Der Bericht der Kommission für Weltordnungspolitik*, hrsg. von der Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn 1995).